

## **Antrag**

**der Abgeordneten Christian Dürr, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Alexander Kulitz, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Alexander Müller, Matthias Nölke, Hagen Reinhold, Bernd Reuther, Christian Sauter, Frank Schäffler, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Linda Teuteberg, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Florian Toncar, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Nicole Westig, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP**

### **Neustart für Deutschland – Entlasten, investieren und entfesseln**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Corona-Virus hat die größte Wirtschaftskrise unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg verursacht. Zu Beginn dieser Krise reagierte die Politik – in weiten Teilen im Konsens von Regierung und Opposition – mit akuten Abwehrmaßnahmen wie der Ausweitung des Kurzarbeitergeldes. Dieses punktuelle Vorgehen war damals richtig. Heute reicht es allerdings nicht mehr aus.

Mittlerweile ist klar: Die Binnenkonjunktur hat sich nachhaltig eingetrübt. Die Menschen halten sich beim Konsum nicht nur wegen gesundheitlicher Sicherheitsmaßnahmen zurück, sondern weil sie zutiefst verunsichert sind mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung. Die Unternehmen müssen teilweise radikale Umsatz- und Gewinnausfälle verkraften. Das betrifft binnenwirtschaftlich orientierte Branchen genauso wie exportorientierte. Die Krisenreserve Eigenkapital wird immer stärker angegriffen. Steuern, Abgaben und Bürokratie lasten neben der Corona-Krise auf den Betrieben.

Diese Belastungen wirken nun besonders stark in einem krisenbedingt härteren internationalen Wettbewerb. Sie behindern zudem die Entwicklung neuer Innovationen bei Produkten, Dienstleistungen und Prozessen. Innovation muss jedoch eine zentrale Antwort auf diese auch krisenbedingten Herausforderungen sein. Hier zeigt sich zudem ein langfristiges Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung weit über die Corona-Krise hinaus. Denn eine erfolgreiche Volkswirtschaft lebt von Innovationen.

Die Antwort auf diese Lage ist daher eindeutig: Deutschland benötigt mehr als punktuelle Akut-Maßnahmen. Es muss einen wirtschafts- und steuerpolitischen Impuls geben, der die Binnenkonjunktur effektiv ankurbelt und der den Unternehmen die realistische Möglichkeit gibt, wieder Krisenreserven zu bilden und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Nur mit einer wiedererstarteten Wirtschaft gelingt uns der Weg aus der Krise. Dazu müssen die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen in Deutschland deutlich entlastet werden. Dies ist das dringend benötigte, starke Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Die geplante befristete Absenkung der Umsatzsteuersätze führt stattdessen zu mehr Verwirrung und Bürokratie und keiner großen Entlastung. Die Wirkung auf den einzelnen Haushalt ist nur gering und die Maßnahme ersetzt keine strukturellen Reformen der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf die geplante befristete Absenkung der Umsatzsteuersätze zu verzichten und stattdessen,
2. den Mittelstandsbauch vollständig über drei Jahre bis 2023 abzuschaffen,
3. den dritten Tarifeckwert der Einkommensteuer von heute ca. 56.000 EUR auf 70.000 EUR im Jahr 2021 zu verschieben,
4. den Solidaritätszuschlag vollständig und rückwirkend zum 1. Januar 2020 abzuschaffen,
5. eine befristete, einmalige „Negative Gewinnsteuer“ mit einer deutlichen Erweiterung der steuerlichen Verlustverrechnung einzuführen,
6. die Thesaurierungsbestimmungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern,
7. die Abschreibungsbedingungen zur Förderung von Investitionen insbesondere durch eine befristete degressive Abschreibung über max. drei Jahre für alle beweglichen Wirtschaftsgüter, eine befristete degressive Abschreibung für Immobilien und verbesserte Abschreibungsbedingungen für digitale Wirtschaftsgüter zu verbessern.

Berlin, den 16. Juni 2020

**Christian Lindner und Fraktion**

**Begründung**

Entlasten stärkt die arbeitende Mitte, sichert ihre Arbeitsplätze und stärkt ihre Kaufkraft. Das ist sinnvoller und deutlich effektiver, als den Menschen erst über Steuern ihr Geld wegzunehmen, um es ihnen dann über Kaufprämien und Gutscheine zurückzugeben, die den Konsum nach Zuruf durch Lobby-Gruppen steuern sollen. Gleichzeitig greift jedoch auch die temporäre Absenkung der Mehrwertsteuer zu kurz. Denn nur, wenn wir die arbeitenden Menschen in diesem Land stärken, werden wir auch insgesamt gestärkt aus der Krise herausgehen. Mit einem milliardenschweren Entlastungsprogramm geben wir Freie Demokraten im Bundestag deshalb eine deutliche und wirksame Antwort auf die eingebrochene Konjunktur nach der Corona-Krise.

